



**Ina Latendorf, MdB**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion  
DIE LINKE im Bundestag

## Pressemitteilung

### Ernährungsarmut in Deutschland wirksam bekämpfen!

Berlin, 20.10.2022

Bezug:

Anlagen:

**Ina Latendorf, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

**Funktionen:**

Agrarpolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung  
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

„Mangelernährung und Hunger in Deutschland sind ein Skandal!“, sagt Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. „Aus diesem Grund hat meine Fraktion der Bundesregierung eine Kleine Anfrage gestellt, in der wir u.a. wissen wollten, ob eine Überprüfung der Regelbedarfsermittlung in der Grundsicherung für die Verbesserung der Ernährungssituation notwendig ist.“

Ina Latendorf erläutert: „Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hatte selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem gesagt wird, dass die derzeitige Grundsicherung ohne weitere Unterstützungsressourcen nicht ausreicht, um eine gesundheitsfördernde Ernährung zu realisieren. In ihrer skandalösen Antwort auf unsere Kleine Anfrage heißt es nun aber, ‚dass bei informierten, preisbewusstem Einkauf eine gesunderhaltende Ernährung möglich wäre.‘ Dies widerspricht nicht nur eklatant dem Stand der Wissenschaft, sondern verhöhnt darüber hinaus alle Bezieher der Grundsicherung, denn von knapp 150 € im Monat ist eine ausgewogene und gesunde Ernährung unmöglich. Auch die etwas über 50 € pro Monat mehr, die mit dem Bürgergeld kommen sollen, reichen bei weitem nicht aus.“

Ina Latendorf schließt:

„Ernährungsarmut muss wirksam bekämpft werden! Die Vorschläge der LINKEN:

- die Absenkung der Mehrwertsteuer bei Grundnahrungsmitteln auf null,
- die kostenlose ausgewogene und gesunde Schulverpflegung für alle Schülerinnen und Schüler,
- die Anhebung der Regelbedarfsätze in der Grundsicherung um 200 € im Monat,

wurden mit den Stimmen der Koalition abgelehnt. An tatsächlicher Hilfe gegen Mangelernährung und Hunger in Deutschland scheint die Ampel kein Interesse zu haben; und das ist – gelinde gesagt – eine Schande!“